

April  
2021

# SOVD *Magazin*

*Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland*



**Eigenanteile sollen reduziert werden  
Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung  
sieht Erleichterungen vor**

## Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit aktiven und engagierten Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.



## Reduzierung der Eigenanteile

Eine Reform der Pflegeversicherung verspricht endlich Erleichterungen.

Seite 4 – 9



## Lasten ungleich verteilt

Die Corona-Pandemie stellt Menschen mit geringem Einkommen zunehmend vor Probleme.

Seite 10 – 15

## Alte Rollenmuster

Das Coronavirus wirkt sich auch negativ auf die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau aus.

Seite 16 – 21



## Pflegegrad selbst berechnen

Ein kostenloses Angebot des SoVD bietet Pflegebedürftigen und Angehörigen Unterstützung.

Seite 36 – 39

## SoVD – wichtiger denn je

Die Landesverbände Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein traten gemeinsam vor die Presse.

Seite 40 – 45



**Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Reform der**

# **Eigenanteile sollen**

Im März kam Bewegung in die seit Langem geplante Reform der Pflegeversicherung. So beriet etwa der Koalitionsausschuss über den Arbeitsentwurf eines Gesetzes, mit dem unter anderem die Eigenanteile in der stationären Pflege reduziert werden sollen. Nach einer ersten Einschätzung des umfangreichen Entwurfes bleibt aus Sicht des SoVD jedoch weiterhin ein pflegebedingtes Armutsrisiko bestehen. Verbandspräsident Adolf Bauer forderte erneut, die Pflegebedürftigen endlich spürbar zu entlasten.

er Pflegeversicherung sieht Entlastungen vor

# n reduziert werden



Foto: Lightfield Studios/Adobe Stock

**Eine Reform der Pflegeversicherung soll unter anderem Pflegebedürftige hinsichtlich der zu zahlenden Eigenanteile entlasten.**



Der dem SoVD vorliegende Gesetzesentwurf regelt verschiedene Bereiche. Einer der zentralen Punkte ist die Reduzierung der pflegebedingten Eigenanteile in der stationären Pflege. Unabhängig von weiteren Kosten (siehe Kasten links) fallen allein für den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil derzeit bundesweit im Durchschnitt 831 Euro im Monat an.

### **Statt Deckelung soll nun prozentual reduziert werden**

Ende letzten Jahres kündigte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) an, diesen Eigenanteil auf 700 Euro im Monat begrenzen zu wollen (siehe SoVD-Zeitung 11 / 2020, Seite 3). Nach drei Jahren dann würden die Pflegekassen die Kosten vollständig übernehmen. So war der ursprüngliche Plan.

Nach dem neuen Entwurf nun soll der Eigenanteil erst nach einem Jahr reduziert werden, und zwar um 25 Prozent. Im dritten Jahr wäre dieser dann nur zur Hälfte zu bezahlen und ab dem vierten Jahr dauerhaft nur noch zu einem Viertel.

### **Entlastung für alle erst ab dem zweiten Jahr**

Bei den Eigenanteilen gibt es regional deutliche Unterschiede. In sieben Bundesländern liegt er beispielsweise durchschnittlich unter 700 Euro. Dort hätte also die ursprünglich in dieser Höhe geplante Deckelung zu



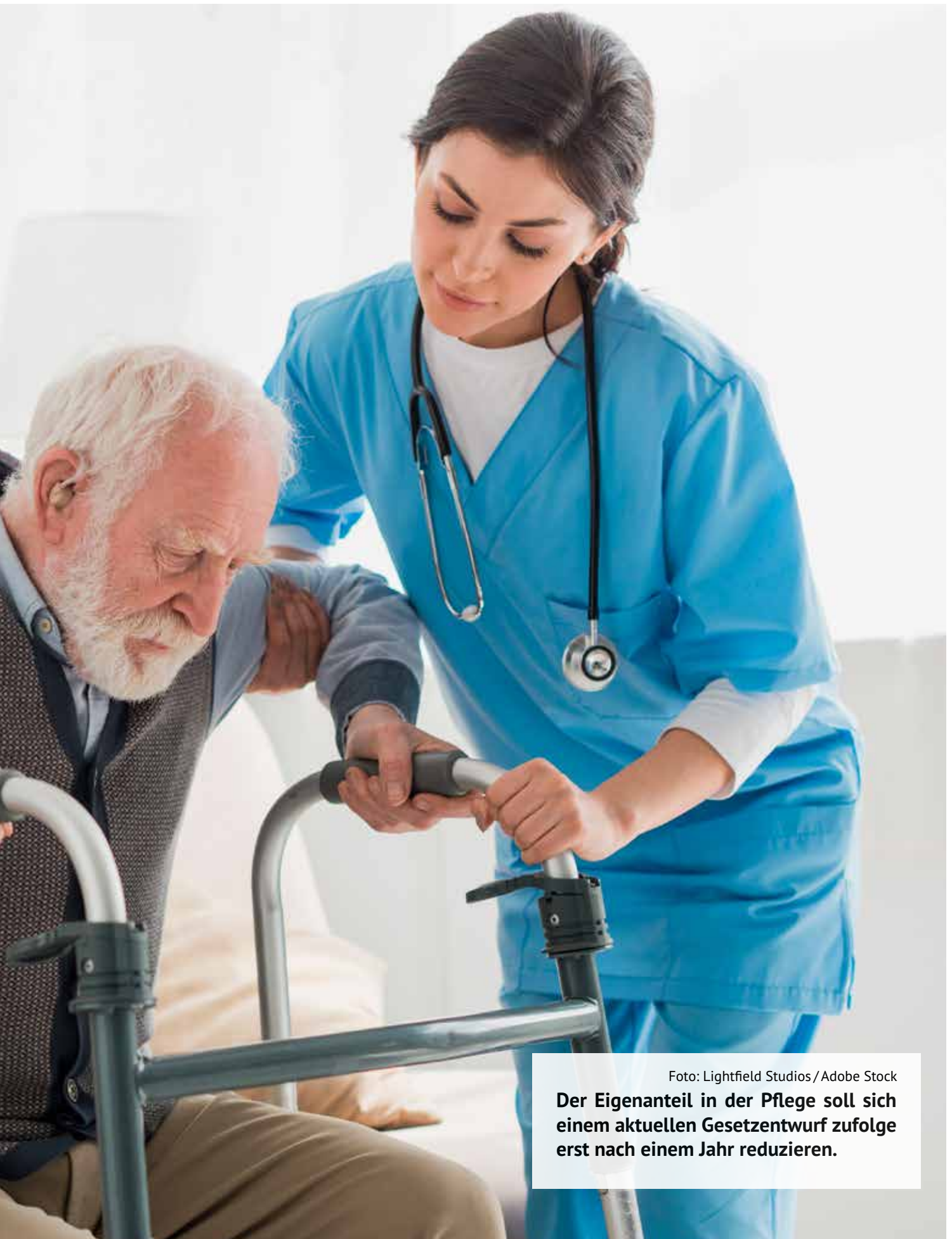


Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

**Der Eigenanteil in der Pflege soll sich einem aktuellen Gesetzentwurf zufolge erst nach einem Jahr reduzieren.**

keiner Ersparnis geführt. Dagegen entlastet eine prozentuale Reduzierung alle Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen.

Nach Ansicht des SoVD käme die Entlastung ab dem zweiten Jahr jedoch deutlich zu spät. Denn für das komplette erste Jahr bliebe

der Eigenanteil unverändert. Verbandspräsident Adolf Bauer bringt es auf den Punkt: „Angesichts weiter steigender Eigenanteile durch notwendige Mehrausgaben – etwa zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe – verbleibt ein pflegebedingtes Armutsrisiko.“

## Verteilung der Pflegekosten

Die Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung ist kostspielig. Zu dem Posten „Pflege und Betreuung“ gibt es abhängig vom Pflegegrad einen Zuschuss aus der Pflegeversicherung. Da dieser die Kosten jedoch nicht deckt, fällt ab dem Pflegegrad 2 ein für jede Einrichtung einheitlicher Eigenanteil an. Dieser ist wiederum nicht an den Pflegegrad gekoppelt, unterscheidet sich aber von Heim zu Heim.

Darüber hinaus müssen Pflegebedürftige ihre Verpflegung und ihre Unterkunft selbst bezahlen. Und obwohl der Bereich der Investitionskosten eigentlich in der Verantwortung der Bundesländer liegt, werden Pflegebedürftige auch hier zur Kasse gebeten. Allein dieser Posten macht derzeit rund ein Viertel ihrer finanziellen Belastung aus.



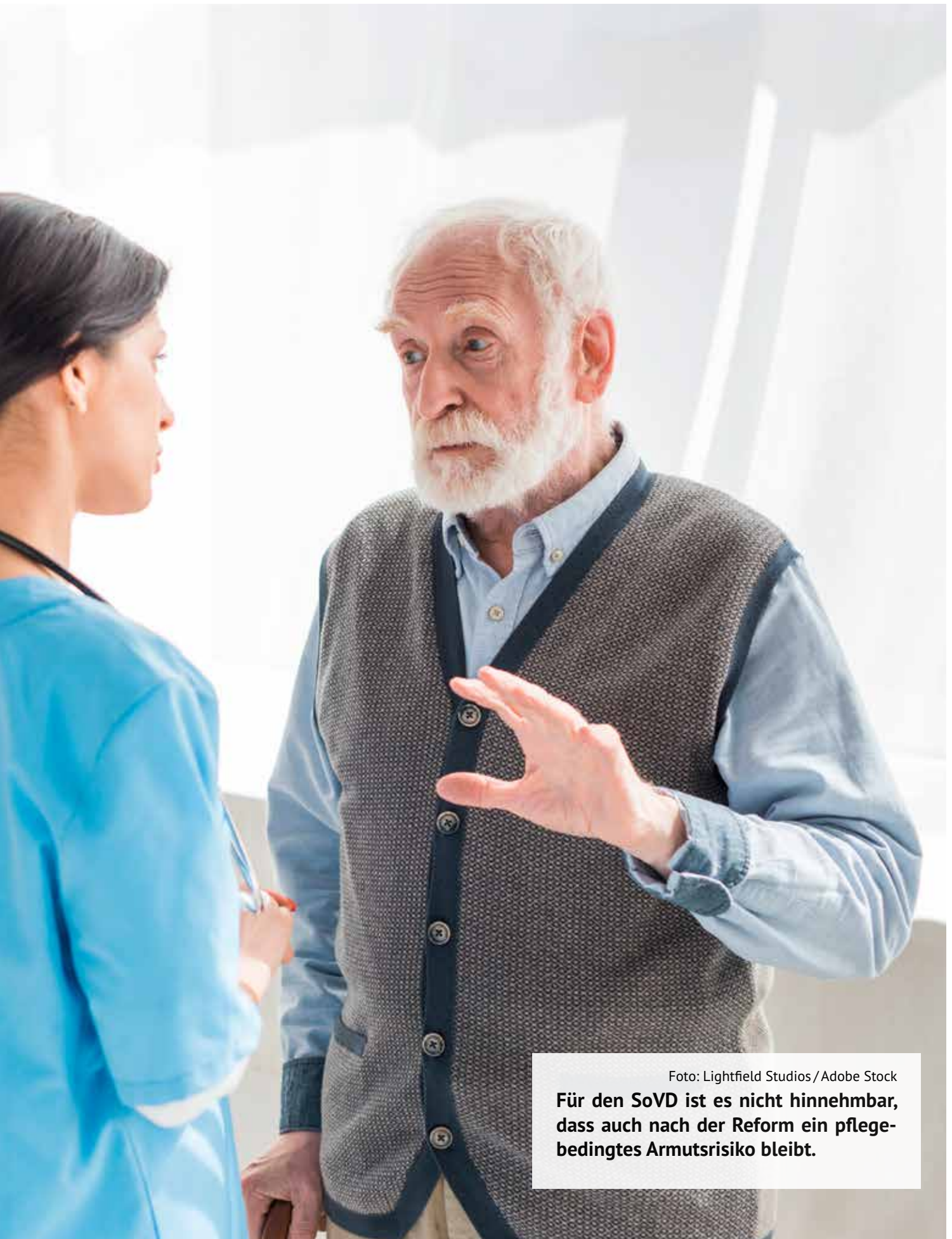


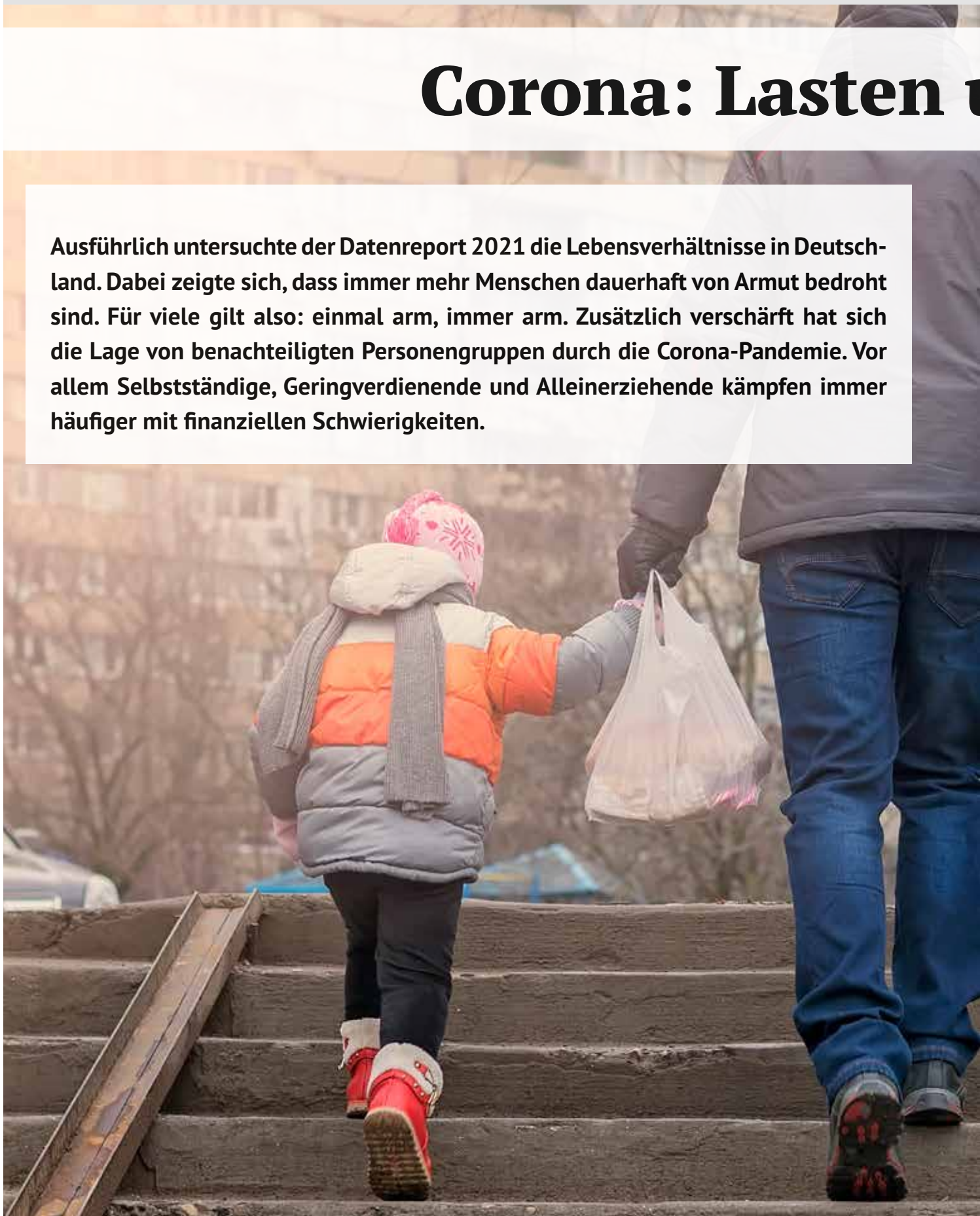
Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

**Für den SoVD ist es nicht hinnehmbar, dass auch nach der Reform ein pflegebedingtes Armutsrisiko bleibt.**

Menschen mit niedrigen Einkommen laut So

# Corona: Lasten t

Ausführlich untersuchte der Datenreport 2021 die Lebensverhältnisse in Deutschland. Dabei zeigte sich, dass immer mehr Menschen dauerhaft von Armut bedroht sind. Für viele gilt also: einmal arm, immer arm. Zusätzlich verschärft hat sich die Lage von benachteiligten Personengruppen durch die Corona-Pandemie. Vor allem Selbstständige, Geringverdienende und Alleinerziehende kämpfen immer häufiger mit finanziellen Schwierigkeiten.





Sozialbericht zunehmend von Armut bedroht

# ungleich verteilt



Foto: Ira\_Shpiller / Adobe Stock

Ein Datenreport zeigt, dass angesichts der Corona-Krise immer mehr Menschen mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben.



Der Datenreport 2021 ist ein Sozialbericht, den die Bundeszentrale für politische Bildung unter anderem mit dem Statistischen Bundesamt und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung herausgibt. Die darin enthaltenen Daten geben ein umfassendes Bild der Lebensverhältnisse und der Einstellungen der Menschen in Deutschland wieder. Einer der Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe lag auf den Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Der Bericht zeigt, dass 2018 in Deutschland rund jede\*r Sechste (15,8 Prozent) unterhalb der Armutsrisikoschwelle lebte. Das bedeutet, dass ein Ein-Personen-Haushalt über ein Nettoeinkommen von weniger als 1.040 Euro im Monat verfügte.

### **Armutsrisiko in Deutschland verfestigt sich zusehends**

Noch besorgniserregender ist jedoch eine andere Erkenntnis. So hat sich der Anteil der Menschen, die dauerhaft von Armut bedroht sind, in den





letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. Lebte 1998 in Deutschland noch jede\*r Fünfte (20 Prozent) dauerhaft unterhalb der Armutsgrenze, traf dies zuletzt fast schon auf jede\*n Zweiten (44 Prozent) zu. Besonders hoch ist das Risiko, in Armut zu leben, dem Datenreport zufolge für Alleinerziehende, Personen ohne Berufsabschluss und Menschen mit Migrationshintergrund.

Es überrascht wenig, dass dieser Personenkreis – hinzu kommt noch die Gruppe der Selbstständigen – auch

Foto: blvdone/Adobe Stock

**Armut in unserer Gesellschaft war schon vor der Pandemie schwer zu ertragen. Für Alleinerziehende oder Geringverdienende verschärfte sich die Situation in dieser Zeit jedoch spürbar.**



stärker als andere unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu leiden hatte.

### **Finanzielle Schwierigkeiten als Folge der Pandemie**

Während in qualifizierten Angestelltenberufen noch nicht einmal jede\*r Zehnte von finanziellen Problemen in dieser Zeit berichtete, war dies unter den Beziehenden eines Niedrigeinkommens schon fast jede\*r Fünfte. Weniger Geld infolge der Krise hatte jede\*r vierte Alleinerziehende (25 Prozent) und jede\*r fünfte Selbstständige (20 Prozent).


Das Ausmaß sozialer Ungleichheit schlägt sich zunehmend auch

in den Einstellungen und Wahrnehmungen der Menschen nieder. Niedrige Einkommen werden demnach immer häufiger als ungerecht wahrgenommen. Rund drei Viertel der Menschen in Deutschland unterstützen deshalb inzwischen Forderungen, nach denen sich der Staat für den Abbau von Einkommensunterschieden engagieren sollte.

### **Ärmere oftmals von Digitalisierung abgehängt**

Wie ungleich die Chancen bisher gesellschaftlich verteilt sind, zeigte sich angesichts der Schließungen von Schulen. Beim Zugang zu digitalen Unterrichtsformaten hatten Familien mit niedrigen Einkom-





men oft nicht für jedes Kind einen Computer. Nach wie vor hängen Bildungschancen in Deutschland somit stark von der sozialen Herkunft ab. Der Sozialbericht belegt zudem eine anhaltende Benachteiligung von Frauen.

Auf die Aussagen der Fachleute hinsichtlich ungleicher Lebensbedingungen reagierte der SoVD mit großer Sorge. „Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer. Er sprach sich für eine verstärkte Förderung in den Jobcentern aus und forderte höhere und bedarfsgerechte Regelsätze sowie auskömmliche Löhne.

Foto: blvdone / Adobe Stock

**Während der Corona-Pandemie gelang es nicht immer, Unterschiede zu überwinden. Vielmehr wurde die ungleiche Verteilung von Chancen in unserer Gesellschaft deutlich.**

Corona belastet Arbeitsteilung von Mann und Frau

# Alte Rollenmuster






nd Frau – SoVD fordert staatliche Zuschüsse

# nehmen wieder zu

Der März stand in der Medienarbeit des SoVD ganz unter dem Motto „Gleichstellung“. So beleuchteten wir unter anderem im Titel der SoVD-Zeitung drohende Rückschritte als Folge von Corona. Diese zeigen sich bereits deutlich in vielen unterschiedlichen Bereichen, so etwa in der Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit, bei der Reduktion von Arbeitszeiten oder bei den Arbeitslosenquoten. Auch der Schutz vor Gewalt ist in Pandemiezeiten erschwert. Doch auch ganz unabhängig von der Krise gibt es noch viel zu tun. Ein Überblick.

Foto: Kzenon/Adobe Stock

**Die Pandemie hat negative Folgen für die Gleichstellung.**



Mit großer Sorge wies SoVD-Bundesfauensprecherin Jutta König am 8. März, dem Weltfrauentag, auf die Rückschritte für die Gleichstellung von Frauen hin: „Die anhaltende Corona-Pandemie stellt Familien und Alleinerziehende seit Monaten vor enorme Herausforderungen.“ In der Konsequenz hätten sich alte Rollenmuster wieder ausgebreitet: „Während Männer größtenteils weiter ihrer Erwerbsarbeit nachgehen, sind es vor allem die Frauen, die Haushalt und Kinderbetreuung schultern müssen und dafür ihre Arbeit reduzieren. Diese Entwicklung müssen wir umgehend stoppen!“

### **Parität in allen Bereichen der Gesellschaft schaffen**

Auf die Folgen der Pandemie hatte zuletzt auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrem wöchentlichen Podcast hingewiesen. Die Bundeskanzlerin hatte davor gewarnt, in der Corona-Pandemie „in überwunden geglaubte Rollenmuster zurückzufallen“. Sie sagte: „Es sind doch wieder vermehrt Frauen, die den Spagat zwischen

Homeschooling, Kinderbetreuung und dem eigenen Beruf meistern.“ Merkel sprach dabei auch den Gesundheitsbereich an, in dem über 75 Prozent der Beschäftigten Frauen seien, aber nur knapp 30 Prozent in den Führungspositionen.





**SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König fordert staatliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen.**

Foto: Kzenon / Adobe Stock

**Das Arbeiten von Zuhause fällt nicht leicht, wenn gleichzeitig noch Kinder betreut werden wollen.**

### **Geschlechterperspektive durchgängig beachten**

SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König richtete einen deutlichen Appell an die Politik: „Die Geschlechterperspektive muss bei der Aufstellung und Verabschiedung des Bundeshaushaltes durchgängig beachtet werden. Nur so kann die Benachteiligung von Frauen abgebaut werden.“ Gerade weil die Corona-Krise die Situation von Frauen an vielen Stel-







len deutlich verschlechtert habe, müsse endlich gehandelt werden. „Schließlich übernehmen Frauen nicht erst seit Corona mehr Arbeit im Haushalt als Männer: Wir brauchen staatliche Zuschüsse zu legalen, sozial abgesicherten, hochwertigen sowie bedarfsgerechten haushaltsnahen Dienstleistungen.“ Eine solche Subvention erleichtere die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Haushalt, erklärte König. Etliche Erhebungen belegen die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Gleichstellung, so Studien der Hans-Böckler-Stiftung und der Bertelsmann Stiftung. Eine der jüngsten ist eine Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov im Auftrag der dpa. Demnach fanden knapp die Hälfte der befragten Personen, dass Frauen nun stärker als vor der Pandemie belastet sind.

Foto: Kzenon / Adobe Stock

**Auch während der Pandemie lag die Verantwortung für Kinderbetreuung und Haushalt oftmals bei den Frauen.**

**Gesetzentwurf sieht wenige Verbesserungen**

# Barrieren müssen

Der Arbeitstitel versprach viel: Das „Barrierefreiheitsgesetz“ soll eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umsetzen. Erfasst wird davon jedoch nur der digitale Bereich von Produkten und Dienstleistungen – bei Übergangsfristen von bis zu zehn Jahren. Grundsätzlich begrüßt der SoVD die Regelungen, sieht jedoch gleichzeitig die Gefahr, damit hinter geltende Vorgaben zur Barrierefreiheit zurückzufallen.





ungen über einen langen Zeitraum vor

# n schneller fallen!

Das neue Gesetz wäre ein weiterer rechtlicher Schritt hin zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Auch private Wirtschaftsakteure wären damit

erstmalig verpflichtet, die Barrierefreiheit ihrer digitalen Produkte und Dienstleistungen sicherzustellen und zu garantieren.

## Neuregelungen kommen frühestens im Jahr 2025

In den Bereich der Vorgaben fallen zum Beispiel Computer, Mobiltelefone und Fernseher sowie Geld- und Fahrscheinautomaten. Von den Dienstleistungen wären neben dem Onlinehandel unter anderem auch Bankgeschäfte oder E-Books erfasst. Allerdings treten diese Neuerungen erst ab Sommer 2025 in Kraft.

Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

**Status quo bei Fahrkartenautomaten: Rollstuhlfahrer\*innen kommen nicht an die Tasten und sehbehinderte Menschen bringt der Bildschirm nicht weiter.**

### **Alte Automaten blieben vorerst weiter in Betrieb**

Der SoVD kritisiert in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf auch die darin vorgesehenen Übergangsfristen. Demnach wären selbst 2029 noch Geräte zugelassen, die weiterhin keine Standards zur Barrierefreiheit erfüllen. Einzelne Automaten und Selbstbedienungsterminals könnten sogar noch bis zum Jahr 2035 in Betrieb bleiben.

### **Angebote ohne fremde Hilfe erreichen und nutzen**

Auch die im Gesetzentwurf enthaltene Definition von Barrierefreiheit stößt beim SoVD auf Widerstand. Diese unterläuft geltende Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes, indem sie außer Acht lässt, inwieweit Produkte oder Dienstleistungen auffindbar oder nutzbar sind. Was nützt beispielsweise ein barrierefrei zu bedienender Geldautomat, wenn dieser für Rollstuhlfahrer\*innen oder ältere Menschen gar nicht zugänglich ist?







### **SoVD: Barrierfreiheit duldet keinen Aufschub**

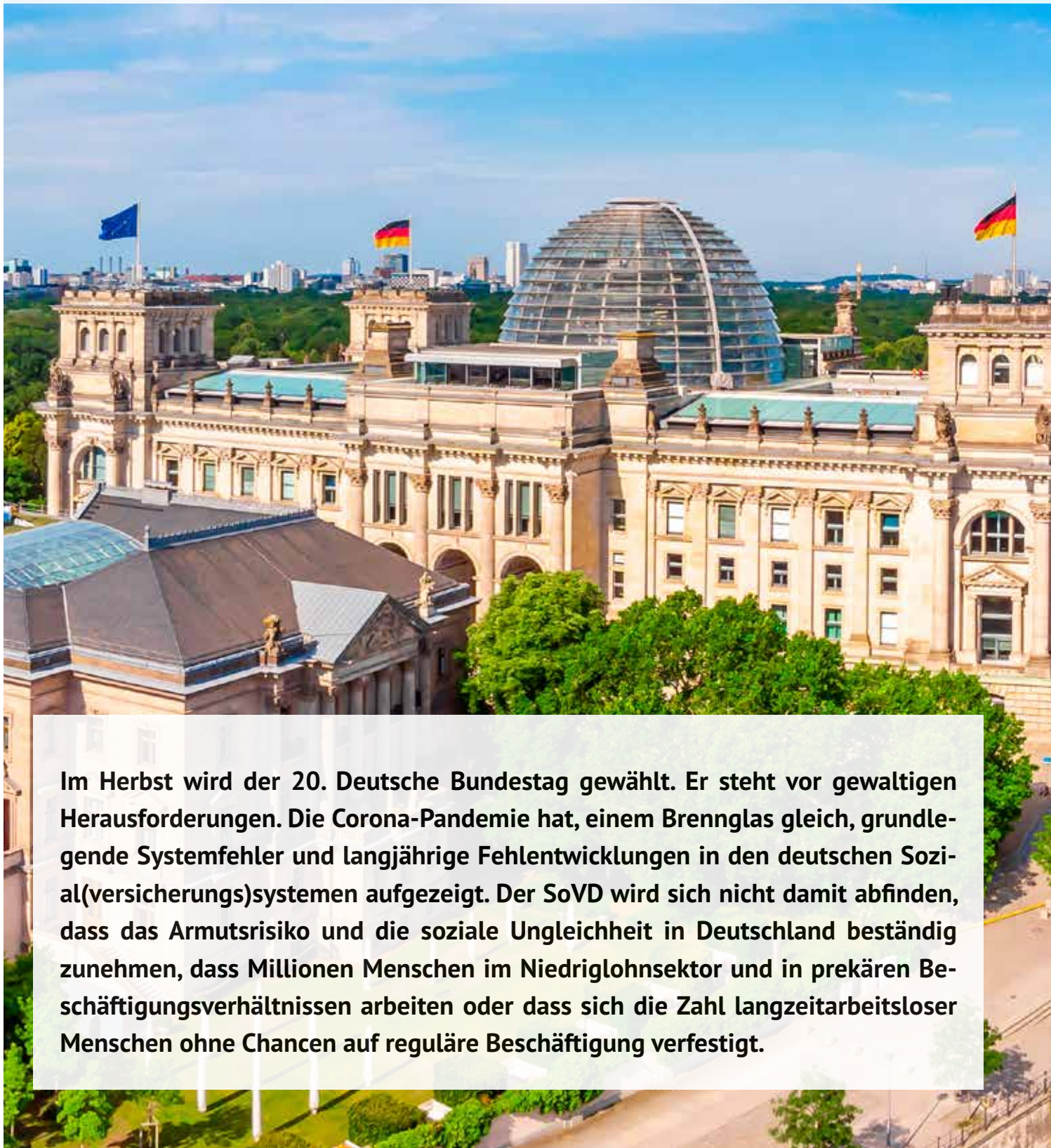
Wie wichtig Digitalisierung in unserem Alltag ist, hat uns die Corona-Pandemie verdeutlicht. Der SoVD fordert vom Gesetzgeber daher, seinen Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zu nutzen: Wir brauchen jetzt barrierefreie Angebote, nicht erst in einigen Jahren!

Foto: Rido/Adobe Stock

**Auch Bankgeschäfte über das Internet  
wären ab dem Jahr 2025 von den gesetzlichen  
Neuerung betroffen.**

Sozialstaat stärken, Solidarität und s

# Kernforderungen des SoVD



Im Herbst wird der 20. Deutsche Bundestag gewählt. Er steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie hat, einem Brennglas gleich, grundlegende Systemfehler und langjährige Fehlentwicklungen in den deutschen Sozial(versicherungs)systemen aufgezeigt. Der SoVD wird sich nicht damit abfinden, dass das Armutsrisiko und die soziale Ungleichheit in Deutschland beständig zunehmen, dass Millionen Menschen im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder dass sich die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen ohne Chancen auf reguläre Beschäftigung verfestigt.



soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt

# Blick zur Bundestagswahl 2021

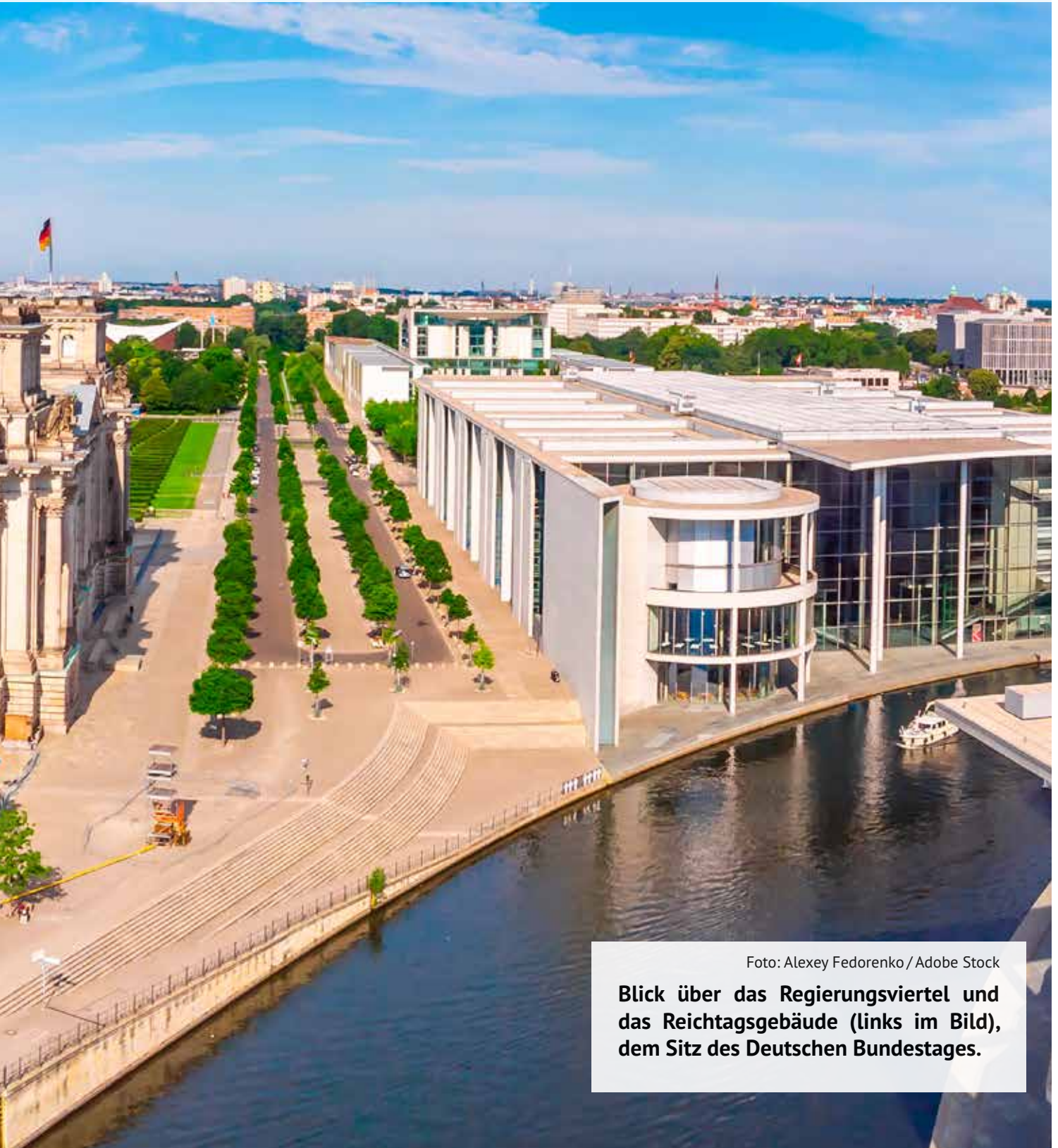


Foto: Alexey Fedorenko / Adobe Stock

**Blick über das Regierungsviertel und das Reichstagsgebäude (links im Bild), dem Sitz des Deutschen Bundestages.**









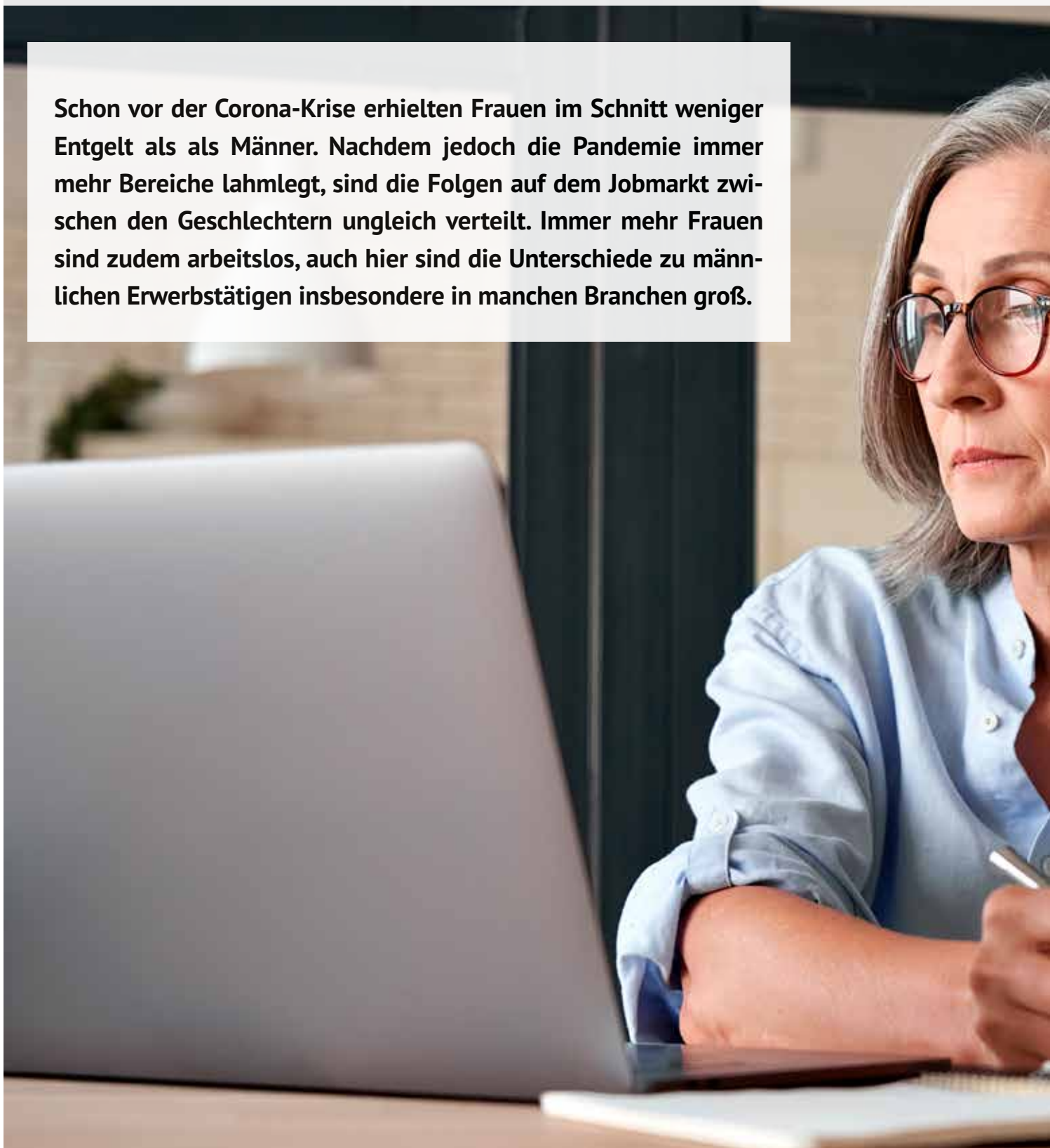
Foto: draghich / Adobe Stock

**Für die soziale Stabilität und den sozialen Frieden gilt es mehr denn je, den deutschen Sozialstaat umfassend zu stärken. Gleichzeitig darf die finanzpolitische Verantwortung, die sich aus den Kosten der Corona-Krise ergibt, nicht den ohnehin sozial Benachteiligten aufgebürdet werden. Sowohl Armut als auch Reichtum haben in der Krise zugenommen. Der SoVD bekräftigt daher seine Forderung nach einer gerechten Umverteilung. Dies kann nur mit einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt gelingen, an dem Bund, Länder, Kommunen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft mitwirken.**

**Infolge der Corona-Pandemie wurden mehr Frauen arbeitslos**

## **SoVD fordert Transparenz**

Schon vor der Corona-Krise erhielten Frauen im Schnitt weniger Entgelt als als Männer. Nachdem jedoch die Pandemie immer mehr Bereiche lahmlegt, sind die Folgen auf dem Jobmarkt zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Immer mehr Frauen sind zudem arbeitslos, auch hier sind die Unterschiede zu männlichen Erwerbstätigen insbesondere in manchen Branchen groß.





**Arbeitslos als Männer – Entgeltunterschiede bestehen weiter**

# Arbeitslosigkeit nicht nur in der Krise



Das mittlere Entgelt von Frauen, die in Vollzeit arbeiten, lag Ende 2019 bei 3.117 Euro brutto im Monat; bei Männern waren es 3.560 Euro. Das zeigen Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA), die die Deutsche Presse-Agentur veröffentlichte. Der Niedriglohnanteil betrug demnach bei den Männern zum gleichen Zeitpunkt 15,5 Prozent, bei Frauen hingegen um ein Vielfaches mehr, nämlich 25,8 Prozent.

In einigen Branchen sind die Unterschiede offenbar besonders groß, so im Bereich von Kunst, Unterhaltung und sonstigen Dienstleistungen.

Foto: insta\_photos/Adobe Stock

**Der SoVD fordert Nachbesserungen im Entgeltgleichheitsgesetz.**

gen. Hier lag das sogenannte Medianentgelt von Frauen um 23,77 Prozent niedriger als das der Männer. Konkret in Zahlen benannt kamen Frauen auf 2.619 Euro, Männer auf 3.436.

Ein besonders großes Gefälle zeigte sich in absoluten Zahlen auch im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen: Mit 4.336 Euro erhielten Frauen durchschnittlich 1.314 Euro weniger Gehalt.

### **Auskunftsanspruch gilt erst ab 200 Beschäftigten**

Auffallend war anschließend der in der folgenden Corona-Pandemie erhöhte Zugang bei Frauen in Arbeitslosigkeit: Im Zeitraum von Februar 2020 bis Januar 2021 verloren 5,7 Prozent Frauen infolge der Pandemie ihren Job, bei den Männern waren es 5,7 Prozent.

Für die Entgelt- und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt kämpft der SoVD seit Jahrzehnten, und nicht allein am Equal Pay Day, der in diesem Jahr auf den 10. März fiel. Insbesondere das Entgeltgleichheitsgesetz muss dabei in den Au-

gen des Verbandes dringend weiterentwickelt werden. „Zurzeit ist es so, dass der Auskunftsanspruch darüber, was Kollegen verdienen, erst ab einem Betrieb ab 200 Beschäftigten gilt. Aber







wo arbeiten Frauen? In mittleren und kleineren Betrieben“, sagte SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König in einer Presserklärung. Davon hätten die meisten Frauen also gar nichts.

Foto: StratfordProductions / Adobe Stock

**Schlechte Karten nach der Bewerbung: Trotz gleicher Qualifikationen verdienen Frauen weiterhin weniger als Männer.**





König kritisierte zudem: „In den vergangenen Monaten wurde auch auf politischer Ebene immer wieder betont, wie wichtig die Gesundheits- und Pflegeberufe sind. Nun müssen den vielen warmen Worten aber auch politische Taten folgen!“

Zuvor hatte auch das Statistische Bundesamt bekannt gegeben, dass Frauen 2020 noch immer im Durchschnitt 18 Prozent, und somit pro Stunde 4,16 Euro brutto weniger verdient haben als Männer.

Aus Sicht des SoVD sind vor allem strukturelle Veränderungen unumgänglich. „Frauen arbeiten häufiger in Branchen und Berufen, in denen schlechter bezahlt wird und wo sie seltener Führungspositionen erreichen. Zudem arbeiten sie häufiger als Männer in Teilzeit und in Minijobs und verdienen dadurch auch weniger“, so die Bundesfrauensprecherin.

### **Hohes Armutsrisiko für schwerbehinderte Frauen**

Besonders hart sei die Lage von Frauen mit Behinderungen. „Nach einer aktuellen Studie der Aktion Mensch sind nur 37 Prozent der Frauen mit Schwerbehinderung vollzeitbeschäftigt. Der Rest arbeitet in Teilzeit oder in einem Minijob, was in der Konsequenz das Risiko für Altersarmut deutlich erhöht.“

Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

**Klassische „Frauenberufe“ etwa in der Pflege werden noch immer schlechter bezahlt.**

**Kostenloses digitales Angebot des SoVD und**

# **Pflegegrad online**

Menschen, die in ihrer Selbstständigkeit eingeschränkt sind, haben möglicherweise Anspruch auf Leistungen der Pflegekasse. Deren Höhe richtet sich nach fünf Pflegegraden. Diese teilt der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) nach einer Begutachtung zu. Wer sich darauf vorbereiten möchte, kann jetzt ein kostenloses Angebot des SoVD nutzen. Ein weiteres Werkzeug unterstützt zudem beim eventuell erforderlichen Einlegen eines Widerspruchs.





Unterstützt Pflegebedürftige und Angehörige

# selbst berechnen

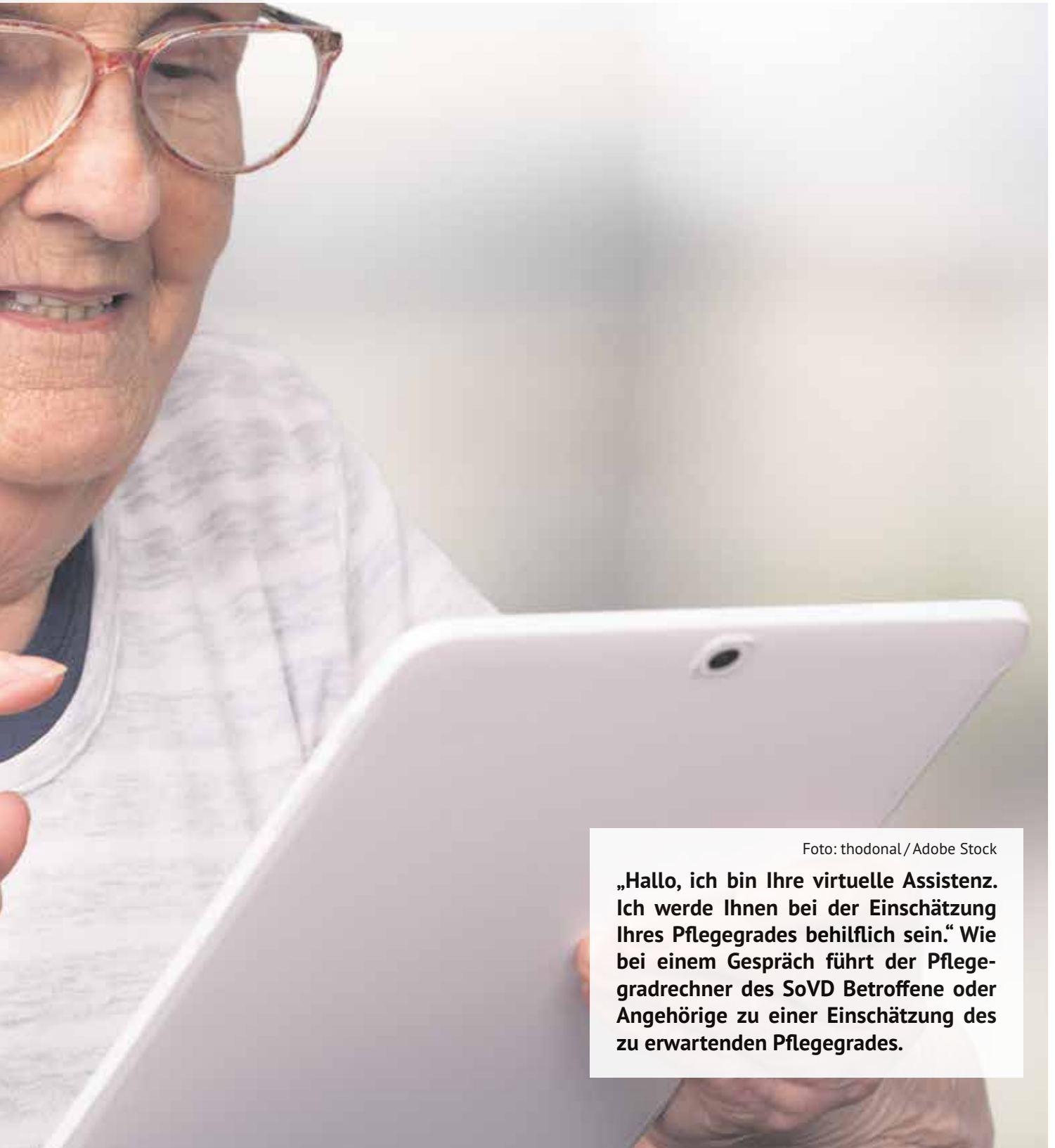


Foto: thodonal / Adobe Stock

**„Hallo, ich bin Ihre virtuelle Assistenz. Ich werde Ihnen bei der Einschätzung Ihres Pflegegrades behilflich sein.“** Wie bei einem Gespräch führt der Pflegegradrechner des SoVD Betroffene oder Angehörige zu einer Einschätzung des zu erwartenden Pflegegrades.

Je älter wir werden, umso eher sind wir auf Hilfe angewiesen. Wer jedoch Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten möchte, muss zunächst einmal feststellen lassen, wie es um die eigene Selbstständigkeit bestellt ist. Hierzu erfolgt eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK). Dabei berücksichtigen die Prüfer\*innen sowohl körperliche und geistige als auch seelische Beeinträchtigungen. Auf diese Weise wird unter anderem sichergestellt, dass beispielsweise an Demenz erkrankte Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung erhalten.

### **Mit dem Pflegegradrechner Schritt für Schritt zum Ziel**

Schon jetzt unterstützt der SoVD Betroffene mit seinem Pflegegegebuch dabei, sich auf diese Begutachtung vorzubereiten (siehe rechts). Zusätzlich gibt es nun den Pflegegradrechner. Schritt für Schritt beantworten hierbei Pflegebedürftige oder auch deren An-

gehörige online einzelne Fragen und können so am Ende erfahren, welche Leistungen ihnen zustehen. Der Rechner bietet dabei eine Orientierung hinsichtlich einer zu erwartenden Einstufung. Über den tatsächlichen Pflegegrad entscheidet die Prüfung durch den MDK.

### **Hilfe gibt es auch beim fristwahrenden Widerspruch**

Wer mit dem durch den MDK zuerkannten Pflegegrad nicht einverstanden ist, kann gegen diese Entscheidung Widerspruch einlegen. Auch hierbei unterstützt ein zusätzliches Werkzeug des Pflegegradrechners. Dieses stellt sicher, dass zunächst einmal die Frist gewahrt wird. Für eine individuelle Begründung ihres Widerspruchs sollten sich Betroffene dagegen jedoch weiterhin am besten an eine der SoVD-Rechtsberatungsstellen vor Ort wenden.



# Das neue Pflegetagebuch

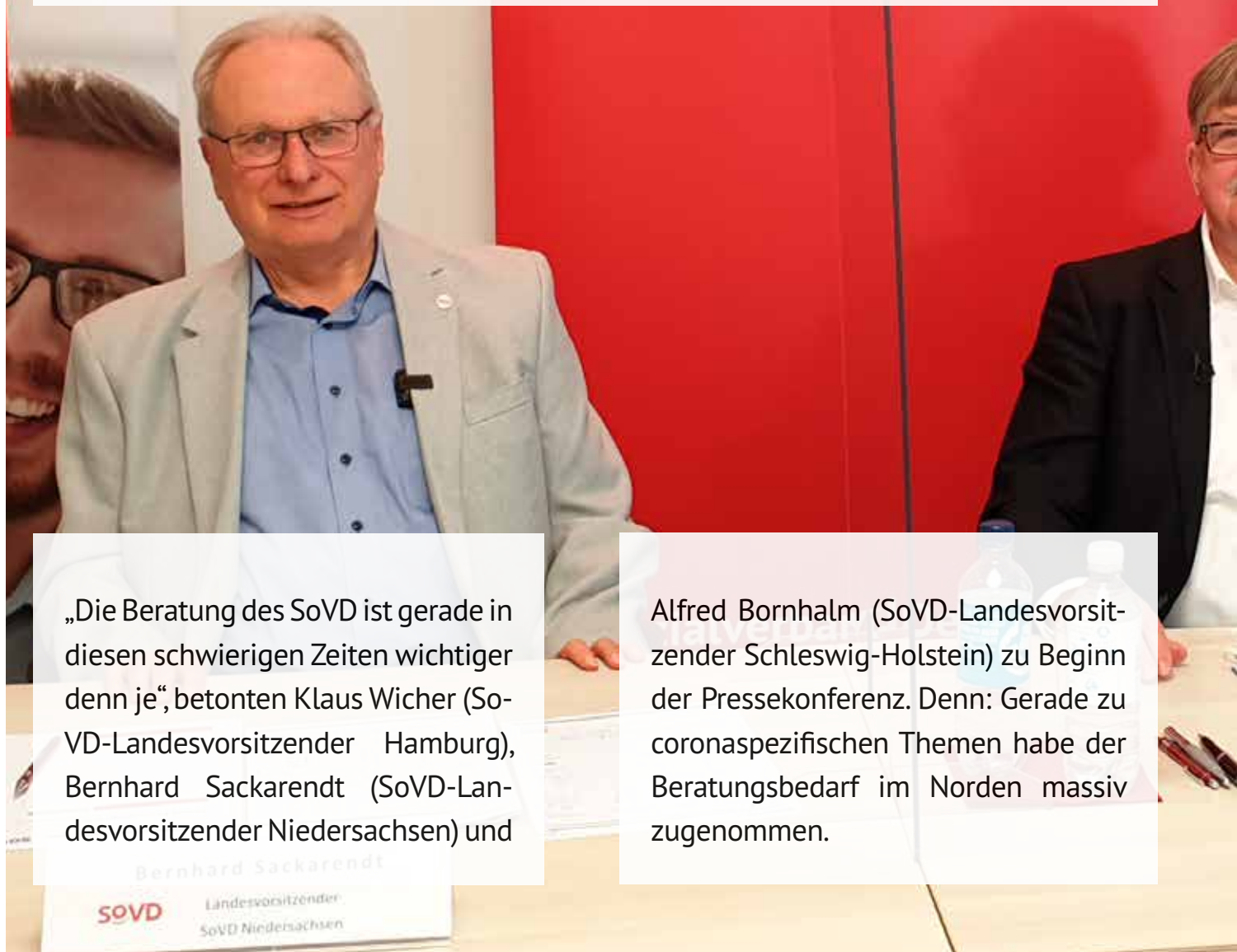
Wer Pflege benötigt, steht oft plötzlich vor einer Herausforderung: „Was erwartet mich bei der Pflegebegutachtung und wie ermittle ich meinen Pflegebedarf?“ Antworten auf diese Fragen gibt der Ratgeber „Das neue Pflegetagebuch“ des SoVD. Die Broschüre hilft Pflegebedürftigen und Angehörigen dabei, sich auf die Begutachtung ihrer Pflegebedürftigkeit besser vorzubereiten.



## Gemeinsame Pressekonferenz der Landesverbände

# Ein Jahr Corona: SoV

Seit einem Jahr hat die Corona-Pandemie auch die Menschen in Norddeutschland fest im Griff. Die Krise trifft vor allem diejenigen, die ohnehin finanziell benachteiligt oder pflegebedürftig sind. Dass diese Probleme durch die derzeitige Situation verschärft werden, zeigen die aktuellen Zahlen des SoVD in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die die drei Landesverbände in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 17. März vorgestellt haben.




„Die Beratung des SoVD ist gerade in diesen schwierigen Zeiten wichtiger denn je“, betonten Klaus Wicher (SoVD-Landesvorsitzender Hamburg), Bernhard Sackarendt (SoVD-Landesvorsitzender Niedersachsen) und

Alfred Bornhalm (SoVD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein) zu Beginn der Pressekonferenz. Denn: Gerade zu coronaspezifischen Themen habe der Beratungsbedarf im Norden massiv zugenommen.



e Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein

# SoVD wichtiger denn je



Unsere  
Gemeinschaft  
macht Sie stark

Jetzt Mitglied werden!

Dass die Menschen mit großen finanziellen Sorgen zu kämpfen haben, macht zum Beispiel die Anzahl der Anträge, Widersprüche und Klagen im Bereich Hartz IV deutlich, die in Hamburg und Niedersachsen im vergan-

Foto: Karin Wöhrmann

**Nach negativem Coronatest erörterten Bernhard Sackarendt, Alfred Bornhalm und Klaus Wicher im Pressegespräch anhand der SoVD-Beratungszahlen, wo die Politik gegensteuern muss.**




genen Jahr um rund zehn Prozent zugenommen haben. „Wir sehen jeden Tag in unserer Beratung, dass viele Betroffene mit der derzeitigen Situation überfordert sind und Unterstützung brauchen“, so Wicher. „Viele haben momentan Schwierigkeiten, ihre Miete zu zahlen – zum Beispiel, weil sie ihren Job verloren haben oder in Kurzarbeit sind. Wir helfen ihnen dann etwa dabei, Wohngeld zu beantragen“, ergänzt Sackarendt. In dem Bereich sind

die Verfahren in Niedersachsen um 53 Prozent gestiegen. „Diese Zahlen machen deutlich, dass gerade für die finanziell schlechtergestellten Menschen in der Krise mehr getan werden muss – sei es durch die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes oder andere kostenlose Unterstützungsleistungen“, fordert Bornhalm.

Besonders stark zeigen sich die Auswirkungen des Corona-Jahres allerdings im Bereich der häusliche Pflege – und zwar in allen drei Bundeslän-





dern. Egal, ob es um die Einstufung in einen Pflegegrad, um Pflegesach- oder Kombinationsleistungen geht: Die Anzahl der SoVD-Verfahren hat um durchschnittlich 45 Prozent zugenommen. „Das liegt vor allem daran, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen aufgrund der Pandemie keine persönlichen, sondern nur noch telefonische Begutachtungen durchführt. Das funktioniert nicht immer gut und führt oft zu Beschwerden und Widersprüchen“, erläutert der Landesvorsit-

zende aus Hamburg. „Das Problem ist, dass viele Pflegebedürftige angesichts dieses geänderten Vorgehens verunsichert sind, weil sie nicht wissen, wie die Begutachtung abläuft, oder weil sie Schwierigkei-

Foto: Lennart Helal

**SoVD-Zahlen zeigen, dass Senior\*innen, Geringverdienende und Pflegebedürftige derzeit besonders auf Unterstützung angewiesen sind.**





ten mit dem Telefonieren haben“, berichtet der SoVD-Chef aus Niedersachsen. Da müsse der Medizinische Dienst dringend gegensteuern und sich vor allem mehr Zeit nehmen. Dass auch Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen vermehrt finanzielle Schwierigkeiten haben, wird bei den SoVD-Verfahren im Bereich „Hilfe zur Pflege“ deutlich. Hier stellt der Sozialverband Anträge,

wenn die Betroffenen ihre Heimkosten nicht mehr selbst zahlen können. Die Zahl der Verfahren ist im Corona-Jahr in Schleswig-Holstein um die Hälfte gestiegen. „Hier muss die Politik dringend etwas tun. Es kann nicht sein, dass sich immer weniger Pflegebedürftige ihren Heimaufenthalt leisten können“, so Bornhalm. Zusammenfassend sind sich die drei Landesvorsitzenden einig: „Derzeit





verlieren Politiker\*innen gerade die Menschen aus dem Blick, die ganz besonders unsere Hilfe benötigen. Wir als SoVD unterstützen zwar, wo wir können, trotzdem müssen Ältere, Geringverdienende und Pflegebedürftige wieder stärker in den Fokus rücken.“ Insgesamt vertreten die SoVD-Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Interessen von fast 480.000 Menschen.

Mit Erfolg: Im Corona-Jahr haben sie mehr als 53 Millionen Euro an einmaligen Nachzahlungen für ihre Mitglieder erstritten.

Foto: encierro / Adobe Stock

**Hat die Politik in der Corona-Pandemie die Not der Menschen aus dem Blick verloren? Zumindest in der Nachbarschaft unterstützt man sich.**



Wie groß

**ARMUT  
SCHATTEN**

Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind davon betroffen. Um etwas dagegen zu tun, muss die Politik endlich handeln. Mit unserer Kampagne weisen wir auf das Problem hin und machen die Gefährdung sichtbar. Denn: Betroffene brauchen dringend unsere Unterstützung.

**[www.armutsschatten.de](http://www.armutsschatten.de)**

Eine gemeinsame Kampagne der SoVD-Landesverbände Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein



SOVD

g ist dein

S  
ATTEN



wig-Holstein

Hätten Sie

# „Corona“ jetzt a

Wer einigermaßen mit der Fernsehserie „Star Trek“ vertraut ist und die Abenteuer des Raumschiffes Enterprise verfolgt, der kennt auch die Klingonen. Deren fiktive Sprache kann man in Kursen erlernen, weshalb sich der Wortschatz ständig erweitert. Neu hinzugekommen ist auch eine Bezeichnung für das Coronavirus. In der Kunstsprache des kriegerischen Volkes heißt das dann „qoro’na javtlm“.

Corona hat unsere Welt seit einem Jahr fest im Griff. Doch nicht allein unsere Welt: Auch Klingonen mussten sich mit der Pandemie auseinandersetzen, zumindest sprachlich. Eigens für die Fernsehserie erfand der US-amerikanische Sprachwissenschaftler Marc Okrand die klingonische Kunstsprache. Sie wird

weltweit nur von etwa 30 Menschen fließend gesprochen. Kein Wunder, scheint diese doch nur aus Zungenbrechern zu bestehen. Seit Kurzem gibt es etwa eine Übersetzung für „Covid-19“. Bitte sprechen Sie nach: „qo’vID wa’maH Hut“! Haben Sie Lust bekommen, selbst einmal klingonisch zu lernen? Auf-



s gewusst?

# auf Klingonisch



grund der Pandemie finden Kurse hierfür derzeit nur online statt. Aber Sie können sich schon einmal einlesen. Das Kinderbuch „Der kleine Prinz“ von Antoine de Saint-Exupéry etwa gibt es auf klingonisch: „ta’puq mach“. Viel Vergnügen!

Fotos: Romolo Tavani, dannyburn/Adobe Stock;  
Montage: SoVD

**„Der Weltraum – unendliche Weiten“.**  
Sollte dort ein Corona-Planet entdeckt werden, finden die Klingonen sicher auch hierfür ein Wort.

Mit spitzer Feder

# Drahtesel statt Blechlawine



## Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: [redaktion@sovde.de](mailto:redaktion@sovde.de), Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.